



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 470

Fernsprecher 21881 - 88

Fernschreiber 0886890

H/XII/204 - 6. September 1957

hinweise  
auf den Inhalt:

Bewegliche UNO-Streitmacht ?	S. 1
Die bittere Quittung von Wisconsin	S. 2
Die Mobilisierung des Geistes	S. 4
Wahlkampf in Rheinland-Pfalz	S. 6
Missbrauch mit der Meinungsbefragung	S. 8
Die tägliche CDU-Lüge	S. 9

## Begrüßenswerte Initiative

sp - Die Aufstellung einer beweglichen UNO-Streitmacht, die jederzeit durch "Druck auf einen Knopf" verfügbar gemacht werden kann, forderte der Generalsekretär der UNO, Dagmar Hammarskjöld, in New York. Hammarskjöld ist der Meinung, dass der Einsatz der UNO-Streitmacht am Suez-Kanal mit dazu beigetragen hat, den Ausbruch eines grösseren Konfliktes, vielleicht sogar des dritten Weltkrieg, zu verhindern. Ein Ausschuss des UNO-Generalsekretariats prüft bereits seit einiger Zeit die am Suez-Kanal gemachten Erfahrungen und will in Kürze das Ergebnis der Beratungen der UNO-Vollversammlung vorlegen.

Die verhältnismässig kleine UNO-Streitmacht ist während ihres Einsatzes am Suez-Kanal oft mit Ironie in der Weltöffentlichkeit behandelt worden. Die Apostel der Militärblock-Politik wollten nicht wahr haben, dass hier ein Versuch gemacht wurde, der bei seinem Gelingen neue Perspektiven für eine völlig veränderte Weltsicherheitspolitik eröffnete. Hammarskjöld war es gelungen, in der kleinen UNO-Streitmacht sogar widerstrebende Elemente zusammenzufassen. Er war sich durchaus bewusst, dass er mit seinem Experiment das Weltbild nicht verändern könne; trotzdem erschien ihm dieser Versuch wichtig genug, um ihn gegen mancherlei Widerstände durchzusetzen.

Die deutsche Sozialdemokratie hat seit Bestehen der UNO jede Initiative zu deren Stärkung unterstützt. Sie erblickt in der UNO ein Instrument zur Überwindung von Spannungen zwischen den Völkern. Bereits im vergangenen Jahr hat der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Erich Ollenhauer, angeregt, die UNO-Streitmacht weiter auszubauen. Die neue Initiative des UNO-Generalsekretärs wird von der SPD begrüsst, weil ihr Gelingen ein wirksames Mittel für die Durchsetzung der Ziele der UNO sein würde.

\* \* \*

- 2 -

6. September 1957

### Rebellion der Republikaner gegen Eisenhower?

New York, Anfang September

Im Staate Wisconsin, dem Kernstück des amerikanischen Mittelwestens, fand eine Nachwahl statt: der Senatsitz war neu zu besetzen, der vor einigen Monaten durch den Tod des bekannten Senators Joseph McCarthy frei geworden war. Es standen einander der junge Demokrat Proxmire und der Republikaner Kohler gegenüber, langjähriger Gouverneur des Staates und der bekannteste und angesehenste Politiker am Platze; in den Primärwahlen, die den Wahltag vorangegangen waren, hatte sich Kohler, ein geachteter Republikaner der Eisenhower-Richtung, die Parteikandidatur über einen Mann namens Davis erkämpft, der als "Erbe McCarthys" kandidierte und von dem konservativen rechten Parteiflügel gestützt wurde. Nun, die Wahl endete, höchst überraschend, mit dem Sieg des jungen Demokraten Proxmire; es war das erste Mal seit einem Vierteljahrhundert, dass Wisconsin einen Demokraten zum Senator wählte, und sein Sieg war umso bemerkenswerter, als er sich tapfer und unbekümmert zum linken "New Deal"-Flügel seiner Partei, zur Richtung Roosevelt-Truman bekannt hatte, die angeblich "urmodern" geworden ist und dem ebenso angeblich im ganzen Volk dominierenden "Zug zur veralteten Mitte" widerspricht. Proxmires Sieg ist also ganz besonders bemerkenswert.

#### Interne Gegensätze der Republikaner

Aber der gewaltigen Umfang seines Wahlsieges, der beinahe Proportionen eines politischen "Erdrstößen" annahm, verdacht Proxmire eines anderen Umstand: nämlich den bitteren internen Gegensätzen im republikanischen Lager. Es hat sich nämlich herausgestellt, dass viele republikanische Wähler in Wisconsin entweder treue McCarthy-Anhänger oder sonst sich der "alten Garde" des konservativen Parteiflügels nahestehend, dem Parteikandidaten Kohler übel nahmen, dass er sich uneingeschränkt zur Person und Politik Präsident Eisenhowers bekannte. Für den Präsidenten hat diese Quittung der republikanischen Wählerschaft auf seine Bemühungen, die Partei und ihr Programm zu modernisieren, zu liberalisieren und den Realitäten der heutigen Weltlage anzupassen, in der Tat überaus bitter. Offensichtlich sind Eisenhowers Bemühungen, seine Partei nach seinem Ebenbild umzuformen, sie mit neuem Geist zu erfüllen und eine junge politische Generation von Parteifunktionären und Politikern in den Vordergrund zu bringen, nur sehr beschränkt erfolgreich gewesen.

#### Prestigeverlust des Präsidenten

Der Prestigeverlust des Präsidenten wird im ganzen Lande ziemlich offen zugegeben. Die gerade jetzt zu Ende gegangene Session des Kongresses hat nur einen winzigen Bruchteil der Gesetzesentwürfe und Kreditwünsche des Präsidenten, auf die dieser Wert gelegt hatte, akzeptiert - und in den wenigen Fällen, in denen es geschah, wie vor allem bei der legislativen Zustimmung zur "Eisenhower-Doktrin" für den Mittleren Orient, bei dem Gesetz über die Bürgerrechte in den Südstaaten und den Krediten für die Auslandshilfe, war das nur dank der Schützenhilfe der oppositionellen - demokratischen Partei und ihrer überaus geschickten Führung im Kongress durch Senator Lyndon Johnson möglich; von der Republikanern im Kongress stimmte jeweils nur die kleine Minderheit der getreuen Eisenhower-Anhänger für die Regierungsvorlagen, während der Rest in Opposition verharrete.

Und sogar dieses kleine Häuflein der Getreuen, sogar die Mitglieder

6. September 1957

des Eisenhower'schen "Teams" in der Karriere selber, beginnen sich von den Präsidenten zu distanzieren. Wiederholt sich die berühmte Geschichte von den Ratten, die aus sinkende Schiff verlassen, oder fällt das "Team" nur auseinander, weil ja doch in drei Jahren, nach dem Ende seines jetzigen Amtstermins, nicht mehr Eisenhower an seiner Spitze stehen wird? Tatsache ist jedenfalls, dass es unendlich schwer war, für den ausgeschiedenen Verteidigungsminister Charles Wilson einen Nachfolger zu finden, weil nicht weniger als zwanzig angesehen Republikaner - Industrielle, hohe Staatsbeamte, Diplomaten, ein Universitätsprofessor, zwei Bankdirektoren - sich runterweg weigerten, in Eisenhower's Kabinett einzutreten, bis man schließlich nach Würgen und Würgen einen (an sich angesehenen, aber politisch rustlos unerfahrenen) Seifenfabrikanten namens McElroy fand, der sich bereit erklärte, Amerikas Verteidigungsminister zu werden...

... und Nixon?

Tatsache ist auch, dass Eisenhower's allerengster Mitarbeiter (und mutmaßlicher "Kronprinz" und Ehrenretter), Vizepräsident Nixon, sich vorsichtig von Eisenhower zu distanzieren beginnt. Der ehrgeizige junge Vizepräsident lässt gelegentlich in Gesprächen mit Journalisten durchblicken, dass Eisenhower ja alt und krank sei, und man daher nicht so sehr viel von ihm verlangen könnte, und dass man daher mildeherzig ein Auge zuzurücken müsse, wenn eineres schief geht. Das klingt nicht wie die Signalarbeite eines getreuen Ritters, der für Eisenhower in die politische Arena zum Kampf zieht.

Oppositionelle Strömungen wachsen

Das bekannte Meinungsforschungsinstitut des Dr. Gallup hat Fühler ausgestreckt, um die politische Stimmung im Volk zu erforschen. Eine kürzliche Umfrage ergab, dass eine Mehrheit der Wähler, wenn heute Präsidentschaftswahlen stattfänden würden, den demokratischen Kandidaten (als mutmaßliche Anwärter nannte Gallup in der Fragestellung die Senatoren Stevenson und Kennedy) den Vorzug vor den republikanischen Kandidaten geben würde; als mutmaßliche republikanische Bannerträger nannte Gallup entweder Nixon oder Senator Knowland, und beide unterlagen in den Pollen beider jungen Demokraten, wobei Knowland noch etwas schwächer abschnitt als der Vizepräsident. Gewiss, Gallup hat sich hundertmal geirrt, und bis zum nächsten Wahltag können noch tausend Dinge das Bild wieder verändern; aber vom sensationellen Wahlergebnis in Wisconsin über das Verbleiben des präsidentlichen Amtes bis zu Gallups Umfragen scheint doch ein oppositioneller Wind in Amerika zu wehen, der zu denken gibt.

\* \* \*

Erste Hilfe für die Wissenschaft

RAP. - Im Palais Schaumburg zu Bonn wurden am 5. September 1957 zwei Abkommen zwischen Bund und Ländern unterzeichnet. Es handelt sich erstens um ein Verwaltungsabkommen über die Errichtung eines Wissenschaftsrates und zweitens um ein Abkommen über den Ausbau der Ingenieurschulen (höhere Technische Lehranstalten) durch die Länder und die Förderung wissenschaftlicher Einrichtungen durch den Bund. Beide Abkommen sind einmal durch die Macht der wissenschaftlich-technisch-industriellen Tatsachen und zweitens durch die verfassungsmässig garantierte Kulturhoheit der Bundesländer, denen dafür die Mittel in zeitentsprechender Höhe nicht zur Verfügung stehen, notwendig geworden.

Mit dem Staatsakt in Bonn wurde eine erste Phase in innerpolitischen Kampf um eine den modernen Vordankheiten entsprechende Förderung von Wissenschaft, Forschung und Lehre sowie der Ausbildung erforderlichen Nachwuchses abgeschlossen. Dass dieser Kampf auf die Initiative der Länderregierungen zurückzuführen war und von diesen mit einem guten, wenn auch nicht vollen Erfolg zu Ende geführt worden ist, ging aus den Darlegungen des bayrischen Ministerpräsidenten Dr. Wilhelm Hoegner vor der Presse hervor. Es zeigte sich, dass die bayrische Landesregierung aufgrund einer sozialdemokratischen Interpellation im bayrischen Landtage nicht nur die ersten Schritte in dieser Sache unternommen, sondern auch mit dem sogenannten Fucker-Plan, der von Kultusminister des Landes Bayern aufgestellt wurde, den anderen Bundesländern ein Vorbild für die Erstellung der erforderlichen Unterlagen gegeben hatte. So wurde die Initiative in die ständige Konferenz der Ministerpräsidenten unserer Bundesländer hineingetragen, in der sich nicht zuletzt der Ministerpräsident von Hessen, Dr. Georg-August Zinn, für den Erfolg der Bemühungen einsetzte.

Nur ein aufmerksamer Zuhörer in der Pressekonferenz des bayrischen Ministerpräsidenten konnte heraushören, dass das Zustandekommen der beiden Abkommen zwischen Bund und Ländern Detatlich der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu verdanken ist, obwohl deren Vorhaben

und Pläne für die Förderung von Wissenschaft, Forschung, Lehre und Nachwuchsbildung viel weitgehender waren und sind als das, was mit der Unterzeichnung der Abkommen vorerst erreicht sein wird. Es war die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die auf ihrem Münchener Parteitag im Juli 1956 die Förderung von Wissenschaft, Forschung, Lehre und Nachwuchsbildung unter dem Generalnamen "Die Zweite Industrielle Revolution" diskutierte und danach in die deutsche Öffentlichkeit trug. Der Parteitag nahm einstimmig die sogenannte Entschliessung 100, die Entschliessung zu den radioaktiven Gefahren und den Atomplan der SPD an und beauftragte den Parteivorstand, eine Arbeitsgemeinschaft für Forschung und Technik innerhalb der Partei zu gründen. Es fand sich ein Arbeitskreis in der SPD zusammen, der unter dem Vorsitz des stellvertretenden Parteivorsitzenden, Wilhelm Mellies, zweimal im Herbst 1956 in Wiesbaden tagte und die Tagung sozialdemokratischer Parlamentarier vorbereitete, die dann am 7. und 8. Dezember 1956 im Landtag zu Düsseldorf unter der Devise "Die Mobilisierung des Geistes" stattfand.

Der Bundesinnenminister Dr. Schröder hatte offensichtlich die Äusserungen auf der sozialdemokratischen Parlamentarierkonferenz in Düsseldorf zum Anlass genommen, am 15. Dezember 1956 einen Brief an den Bundestagspräsidenten E. Dr. Gerstenmaier zu schreiben, der allen Bundestagsabgeordneten zuging und in "Bulletin" des Bundes-Presse- und Informationsamtes veröffentlicht wurde. In diesem Brief stellte der Bundesinnenminister eine Zahlenkritik zur Schau, die beweisen sollte, dass in der Bundesrepublik schon mehr als in anderen Staaten für Forschung, Lehre und Ausbildung getan wurde. Er verstieg sich zu dem denunzierenden Hinweis, dass eine Förderung des studentischen Nachwuchses in der von der SPD geforderten Höhe und Weise nur in solchen Staaten gehandhabt werde, in denen damit andere als kulturelle Zwecke verfolgt würden. Das Echo dieses Briefes in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit war sehr negativ. Einige Zeit später hat der Verband Deutscher Studentenschaften sogar einen Vorlesungsstreik angeführt und 120 Millionen DM für Stipendien an die Studenten gefordert. Amserhin hat Dr. Schröder dann die Initiative der Ministerpräsidentenkonferenz hinsichtlich eines Verwaltungsabkommens und der

Errichtung eines Wissenschaftsrates begrüßt sowie seine Mitarbeit zugesagt.

Die SPD hat sich durch keinerlei Anwürfe und Verdächtigungen beirren lassen. Ihre Fraktion im Bundestag beantragte im Bundeshaushalt 1957 für den Schulbau 250 Millionen, für wissenschaftliche Institute, Ingenieurschulen, Dozenten- und Assistentenstellen usw. 755 Millionen DM, die von einer Deutschen Kommission zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zu verteilen sein sollten. Zusätzlich wurden 110 Millionen DM an Stipendienmittel für Studenten gefordert, die ihr Studium nicht selbst finanzieren können.

Von diesem großzügigen Programm ist nach dem Willen der Bundesregierung und der Bundestagsmehrheit sehr wenig Wirklichkeit geworden. Dennoch können die jetzt in Bonn geschlossenen Abkommen als ein Schritt auf dem schließlich noch letzten Wege zur Verwirklichung bewertet werden, denn schließlich sind es ihrer Anlage und ihrem Ursprung nach ein Teil der sozialdemokratischen Vorstellungen von einer zeitentsprechenden Förderung von Wissenschaft und Forschung.

\* \* \*

So sieht die CDU als "Herr im Hause" flücht

K. L. Mainz

Eine englische Tageszeitung schrieb dieser Tage, die Menschen an Mittelrhein stünden dem Prozess politischen Prognostik teilnahmslos gegenüber, würden allerdings scharf die Vorgänge beobachten. Der britische Parliamentsreporter hat sicher nicht unrecht, wenn er das Russere Bild der letzten Wochen vor der Bundestagswahl in der Landschaft zwischen dem Rhein und der deutschen Westgrenze meint. Vielen Weinbauern sind die Sorgen um die bevorstehende Weinkrise wahrscheinlich nachdenklicher wertvoller als die Sorgen um die nächste Bundesregierung. Im inneren Kern allerdings stimmt das Urteil nicht, denn Tausende von Plakaten und hunderte von Versammlungen haben wohl auch den Teilnahmslosen die Notwendigkeit einer Entscheidung ins Bewusstsein geschrieben.

Leider ist der Wahlkampf nicht von sehr hässlichen Dissonanzen freigeblichen. Abgerissene Wahlplakate, gestörte Versammlungen und zahlreiche Zwischenfälle markieren von Woche zu Woche die Wege der

Wahlmarodeure. Neu ist dabei, dass es sich offenbar um organisierte Gruppen handelt, die planmässig und nach System vorgehen. So wurden in Wahlversammlungen Gruppen von Diskussionsrednern der CDU festgestellt, die mit den populären Wahlrednern der SPD von Ort zu Ort mitzogen und überall die gleichen giftigen Zwischenrufe oder Diskussionsfragen ertönen liessen. Auch die Filmwagen der SPD bekamen zu spüren, dass sich hier in Rheinland-Pfalz die CDU als "Herr im Haus" fühlt und manche Vorführung wurde verhindert. Leider verweigerte in einem Fall sogar ein Gendarmerie-Beamter den Filmvorführern den Schutz vor den Rüpeln.

Wichtigste und augenfälligste Zielscheiben bleiben den jugendlichen Störgruppen der CDU die Wahlplakate der SPD. Abreissen, verschmieren, zerstören der Ständer - alles treiben sie mit einer Art Vollst. Die Plakatierung der FDP wurde schon strassenweise zu Kleinholz gemacht. Einmal allerdings hatten zwei Anfänger von ihnen allerdings Pech. Sie hatten sich nach den ersten Zwischenfällen ausgesprochen mit einem Mainzer Verort mit starker sozialdemokratischer Mehrheit ausgesucht und dort nicht mit der Wachstumsrate der Bevölkerung gerechnet. Die beiden - zwei Studenten - haben jetzt Unannehmlichkeiten. Ihre Auftraggeber allerdings sitzen im Trockenen.

Das erste Auftreten des Oppositionsführers in Rheinland-Pfalz wird von den Augenzeugen als ein grosser Erfolg bezeichnet. Erich Ollenbauer besuchte hier ein halbes Dutzend Städte im Land, unter anderem die Städte Pirmasens und Zweibrücken im Grenzgebiet. Gerade dort aber hat sich die Bevölkerung aus dem Vergleich mit der Wahlweise des Bundeskanzlers samt Sonderzug und Polizeiaufgebot ein eindrucksvolles Vergleichsbild machen können, das eindeutig zugunsten Ollenbauers ausgefallen ist.

Eine Reihe von speziell für die Wahl bedachten Bluffs sind der CDU allerdings geplatzt. In Rheinhessen hat sie zum Beispiel bei den Winzern eine empfindliche Schlappe einstecken müssen. Man wollte den Weinbauverband vor den Wahlkarren spannen, holte sich jedoch eine entseidete Abfuhr (denn die Winzer haben die von der Regierung lange versögerte und schliesslich doch sehr mangelhafte Hilfe nach den Weinbaukatastrophen nicht vergessen) und verfiel schliesslich auf die ganz unglückliche Idee, noch einen zweiten Verband zu gründen. Damit wurde aber für sie alles noch schlechter. Auch in Kreisen der Selbständigen und bei der Intelligenz sind sehr kritische Stimmen laut geworden, wie sie zum Beispiel vor vier Jahren noch undenkbar gewesen wären. Unter anderem haben sich sehr viele Wissenschaftler und evangelische Pfarrer mehr oder weniger öffentlich von Adenauer und der CDU distanziert. Auch die Fürchten, wie das öfteren erklärt wurde, die im Falle einer weiteren Adenauer-Regierung zu erwartende "geistige Diktatur", wie sie gerade in den letzten Wochen auf dem Gebiet des Sport - ohne Erfolg - versucht worden war.

Der grosse Betrug

K.G. "Wir stellen ja lediglich fest, was die Bevölkerung meint," sagte der Meinungsforscher und blinzelte etwas.

"Aber wenn jetzt die Regierung eine Politik macht, die der Bevölkerung nicht passt," wandte ich ein, "ändert dann die Regierung die Politik?"

"Aber nein," antwortete der Meinungsforscher, "die Regierung ändert lediglich die Interpretation."

"Die Interpretation?"

"Ja, das heisst, sie stellt der Bevölkerung die Politik so dar, das sie Leute glauben, es sei die Politik, die sie selbst wollen."

Der Meinungsforscher lachte. Offensichtlich fand er das ganze spassig.

"Und Sie glauben, dass die Menschen darauf reinfallen?" zweifelte ich.

"Aber sicher, die Massen haben ja keine Vergleichsmöglichkeiten und verstehen ziemlich wenig von den Dingen."

"Können Sie einige Beispiele anführen?"

"Mehr als genug. Die Regierung weiss natürlich genau, dass die Bevölkerung für die Wiedervereinigung ist. Sie weiss auch, dass diese Wiedervereinigung nur mit den Russen zu erreichen ist. Dass die Russen die Wiedervereinigung nicht zulassen können, wenn das ganze Deutschland dann in den antisowjetischen Militärlaock steht, weiss auch das Auswärtige Amt in Bonn. Das Bedürfnis des Volkes nach der Einheit Deutschlands wird, wie wir durch Umfragen festgestellt haben, noch überschattet von dem Bedürfnis nach Frieden und Sicherheit.

Das ist der Angelpunkt."

"Ja, aber die Weltlage hat sich doch immer mehr entspannt!"

"Eben - um das Bedürfnis nach Sicherheit nicht einschläfen zu lassen muss man die internationalen Lage wieder als bedrohlich hinstellen. Damit die Leute Angst bekommen, muss man sagen: In Russland hat sich nichts geändert, die Russen haben so viele Divisionen, denkt an Ungarn, die SPD führt zur Bolschewisierung, ohne NATO kommt der Untergang. Das muss man solange behaupten, bis sich der Staatstörner wieder bedroht fühlt. Dann wird das Problem der Wiedervereinigung auf später verschoben."

"Ja, aber Sicherheit gibt es doch erst mit der Wiedervereinigung."

"Das wissen Sie, aber die meisten Menschen haben die moderne Waffenentwicklung gar nicht begriffen und sind ausserdem ohrrichtsgläubig."

Wenn man eben etwas behauptet, wird es unten geglaubt."

"Das ganze ist also ein riesiger Volkabetrug."

"Das Wort ist etwas hart, ich würde sagen eine Manipulation. Die Meinung des Volkes wird dadurch korrigiert, dass man seine Aufmerksamkeit in eine bestimmte Richtung manipuliert. Beispielsweise bei den Atomwaffen ist die Volkswellung stark ablehnend. Darum sagt man, man wolle keine Atomwaffen, achtet aber darauf, dass ins Atomgesetz keine Verzichtserklärung hineinkommt - um nach der Wahl dann doch die atomare Karte auszuspielen."

Es gibt ähnliche Beispiele mit der Wehrpflicht, mit den Preisen, mit der Religion und vielen anderen."

"Und wie stehen Sie als Meinungsforscher zu diesen Dingen?"

"Nun, es ist bedauerlich, dass die Regierung mit unseren Ergebnissen Schindluder treibt. Vom Staatsbürger fordert man eine verantwortliche Gesinnung, aber selbst bietet man dafür kein Beispiel."

"Und was ist dagegen zu tun?"

"Ganz einfach, am 15. September wird gewählt!"



Phantastereien des Dr. Franzel

W.K. - Der blindwütige Hass des Herrn Dr. Emil Franzel, Chefredakteur des "Neuen Abendlandes" gegen die Sozialdemokratie kennt keine Grenzen mehr. Alles, was sein reichhaltiges Repertoire in den Bereichen von Verdrehungen und Unwahrheiten, von Beschmutzung und groben Beleidigungen aufzuweisen hat, verspritzt er bodenlos. Und Organe der regierungsfreundlichen Presse stellen ihm ebenso bodenlos ihre Spalten zur Verfügung. Im "Berliner Volksblatt" schrieb Franzel:

"Sollte dank der Schützenhilfe, die sie (gemeint sind die 18 deutschen Atomwissenschaftler, denen Franzel die Kompetenz zu ihrer bekannten Erklärung abspricht!) ihm leisteten, Erich Ullenkauer deutscher Bundeskanzler werden, dann dürfte allerdings sehr bald ein anderer Sinn wehen. Wer die letzten zwei Jahre nicht verschlafen hat, weiß genau, dass die deutsche Linke andere Seiten aufzuziehen gedankt als die jetzige Bundestagsmehrheit und dass bei den Sozialisten und Freunden der Herren Spartz, Wehner, Arnst und Meier sehr starke Neigungen bestehen, die Artikel des Grundgesetzes mit Hilfe des Artikels 18 (Aberkennung der Grundrechte) mehr oder weniger gründlich aus dem grundgesetzlichen Angeln zu heben. Wenn dann die SPD zu ihrem vorjährigen Programm der reinen Atomrüstung zurückkehren sollte (von dem sie ja nur aus Taktik, Opportunismus und wegen des grundsätzlichen "Njet" abgedrückt ist), dann würden die regierenden Herren der Linken den etwa protestierenden Atomprofessoren schon zeigen, wo Erich den Most holt, nicht weiter und nicht näher nämlich als aus einer staatsrechtlich-ideologischen Gegend irgendwo zwischen Warschau und Belgrad. Heute dürfen die Professoren noch sagen, was sie auf dem Herzen haben".

Hier wird der deutschen Sozialdemokratie vorgeworfen, sie würde, falls sie das Mandat zur Regierungsbildung erhalten sollte, wichtige Verfassungsgrundsätze ausser Kraft setzen, um jede freie Meinungsbildung nach sowjetischem Muster zu unterdrücken. Hier wird der SED, insbesondere ihrer Führung, die demokratische Meinung abgesprochen, alles mit dem Ziel, die sozialdemokratische Partei bei den Wählern in Misskredit zu bringen.

Der Vorstand der SPD hat gegen Dr. Franzel und Emil Jöckle, den verantwortlichen politischen Redakteur des "Berliner Volksblattes", der bereits einmal 1956 wegen Beleidigung der SED straffällig geworden ist, Strafanzeige erstattet.

\* \* \*

Verantwortlich: Günter Körkscheffel